

Vana: Schattenwirtschaft gefährdet Sozialstandards

Utl.: Europaparlament beschließt Einführung von Plattform gegen
Schwarzarbeit =

Wien/Straßburg (OTS) - „Wir brauchen wirksame Mittel gegen Schwarzunternehmertum, denn durch unangemeldete Beschäftigung werden hart erkämpfte Sozialstandards umgangen und obendrein erleiden Sozialversicherungssysteme einen erheblichen Schaden. Deshalb hat das Europaparlament heute der Einführung einer EU-weiten Plattform zur Bekämpfung von Schattenwirtschaft zugestimmt“, betont die Grüne Europaabgeordnete Monika Vana. Den Mitgliedsstaaten der EU entgeht jährlich ein Betrag von 2,1 Trillionen Euro durch Schwarzarbeit - ein irreführender Begriff, denn für unangemeldete Beschäftigungen sind Unternehmen verantwortlich. In Österreich liegt der Anteil von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit bei 7,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Gerade grenzübergreifende unangemeldete Beschäftigung kommt EU-weit immer häufiger vor.

Die neue Plattform soll nationale Behörden wie Finanzämter, Arbeitsagenturen oder auch SozialpartnerInnen vernetzen, um Informationen und erfolgreiche Maßnahmen zur Bekämpfung von Schattenwirtschaft auszutauschen. „Wir müssen darauf achten, dass die Plattform kein zahnloses Instrument wird, sondern zu konsequenten Maßnahmen gegen Schwarzunternehmertum führt. Der von uns durchgesetzte Whistleblower-Schutz ist dafür besonders wichtig. Wenn jemand gegen ArbeitgeberInnen aussagt und Schwarzunternehmertum aufdeckt, muss ein Schutz vor Benachteiligungen durch ArbeitgeberInnen gewährleistet sein“, bekräftigt Vana.

„Besonders Bauwirtschaft, Tourismus und der Pflegebereich sind von Schwarzunternehmertum betroffen. In der Pflege geraten Frauen sehr oft in ausbeuterische Arbeitsstrukturen. Ein Fokus der neuen Plattform muss deshalb auf Frauen und häuslicher Arbeit liegen. Damit Schattenwirtschaft effektiv bekämpft werden kann, braucht es aber mehr als diese Plattform. Die EU-Mitgliedsländer müssen deshalb auf nationaler Ebene Gesetze erlassen, die Schwarzunternehmertum unattraktiv machen. Belgien hat etwa mit der Einführung von sogenannten Dienstleistungsschecks gute Erfahrungen gesammelt“, so Vana.

~

Rückfragehinweis:

Mag. Dominik Krejsa, MA
Pressesprecher Dr. Monika Vana, MEP
Grüner Klub im Parlament
1017 Wien
Tel.: +43 (0) 1-40110-6705

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/14446/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0158 2016-02-02/17:07

021707 Feb 16

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160202_OTS0158